

# GESCHICHTE DER POLITIKWISSENSCHAFT

Jürgen Bellers

## Eine Disziplin mit langer Tradition

Politik und damit auch die Wissenschaft von der Politik gibt es, seitdem es sich in der Geschichte der Menschheit als notwendig herausgestellt hat, daß Gesellschaften einer zentralisierten politischen Instanz zur allgemein verbindlichen, für alle Gesellschaftsmitglieder verpflichtenden Regelung ihrer gemeinsamen Angelegenheiten bedürfen. Entwicklungsgeschichtlich wurden die Gesellschaften immer komplexer und arbeitsteiliger: Es bildeten sich Städte heraus mit eigener handwerklicher und kleinindustrieller Produktion und mit Handelsbetrieben, was natürlich unabdingbar zur Voraussetzung hatte, daß die Landwirtschaft die Städte mit den erforderlichen Nahrungsmitteln belieferte. Denn die Städter waren kaum noch landwirtschaftlich tätig. Diese Lieferungen wurden wiederum mit den städtischen Produkten bezahlt. Damit dieses Ineinanderspielen funktionierte, mußte eine Stadt und Land umgreifende, gesamtgesellschaftliche, eben politische Institution eingerichtet werden, die Regularien erließ und verbindlich durchzusetzen in der Lage war, so dass Gewähr und Sicherheit über die Einhaltung der Regeln bestand. Nur auf einer solchen Rechts- und Sicherheitsbasis konnte sich Arbeitsteiligkeit entwickeln. Diese für alle Bürger verbindliche Regelungsleistung ist der Kern von Politik, dieses Merkmal kann auch als allgemeine Definition von Politik genommen werden.

Politik in diesem Sinne war am frühesten in den alten Fluß- oder "hydraulischen" Gesellschaften (Wittfogel) Chinas, Indiens und Mesopotamiens vonnöten, Gesellschaften, die -um zu bestehen - gesamtgesellschaftlich die Zuführung des Wassers aus den Flüssen zur trockenen und regenarmen Umgebung regeln mußten. Nur durch ein Kanalsystem, das wiederum nur durch eine zentrale politische Instanz auch gegen Widerstreben einzelner Interessen durchgesetzt werden kann, ist dies zu realisieren. Aus dieser Zeit stammen auch die ersten Überlieferungen dessen, was man als politische Reflexion bezeichnen könnte. Man denke nur an die Schriften Konfuzius' (551-479 v.Chr.) oder an die Gesetzestafel von Hammurabi (1728-1686 v.Chr.).

Hier sind auch Anfänge von Herrschaftskritik zu verzeichnen, wenn Politik die ihr übertragene Regelungskompetenz in selbstsüchtigem Eigeninteresse der Herrschenden mißbraucht.

Für den abendländischen Kulturkreis erlebte die Reflexion über Politik ihren ersten, bis heute wirkenden Höhepunkt in den griechischen polisGemeinschaften (Stadtstaaten) des 4. und 3. Jahrhunderts v. Chr. Angesichts des Zerfalls des politischen Lebens dieser Zeit unternahmen es Platon und sein Schüler Aristoteles, systematisch (und das heißt wissenschaftlich) die Bedingungen herauszuarbeiten, unter denen ein politisches System langfristig stabil und gerecht ist, damit die Voraussetzungen für ein ethisch gutes Leben gesichert sind. Denn nur in einer intakten Gemeinschaft war für sie ein gutes Leben möglich. Eine insbesondere von Aristoteles zu diesem Zweck angewandte Methode war die des Vergleichs von politischen Systemen im Mittelmeerraum unter dem Aspekt, welche sozialen, ökonomischen, ethischen, geographischen usw. Bedingungen Stabilität und eine gerechte politische Struktur begünstigen und welche nicht. (siehe zum normativ-ontologischen Ansatz des Aristoteles S. 215). So war ein breiter und wohlhabender Mittelstand aus seiner Sicht Bedingung eines gut funktionierenden politischen Systems, denn er ist weder zu reich, um die Mißgunst der Armen zu erregen, noch zu arm, um eine revolutionäre Änderung der Verhältnisse anzustreben.

Aus diesen politisch-philosophischen Untersuchungen erwuchs allerdings keine gesonderte Einzelwissenschaft wie die Politikwissenschaft im heutigen Sinne, vielmehr waren Politik und die Lehre von der Politik -wie alle anderen Wissens- und Gegenstandsbereiche der Zeit auch eingebunden in eine umfassende kosmologisch-theologische Weltvorstellung: In dieser Welt, wie sie aus griechischer Sicht

letztlich von einem göttlichen Beweger durchwaltet ist, hat jedes Ding und jede soziale sowie politische Institution ein (vom Göttlichen) vorgegebenes Ziel (telos), das es zu erfüllen gilt. Und so wurde es auch als das inhärente, vorgegebene Ziel von Politik betrachtet, das allen Bürgern gemeinsame Gute, das Gemeinwohl, anzustreben und zu realisieren. Diese Erde und Weltall allmächtig durchziehende Zielstruktur, diese allgemeine Gerichtetheit der natürlichen und sozialen Dinge verhinderte das Entstehen spezialisierter Einzelwissenschaften wie in der Neuzeit, da letztlich alles in einer theologischen Weltvorstellung fundiert war.

Einen erneuten, wenn auch christlich überformten Höhepunkt erlebte die aristotelische politische Philosophie im katholischen Mittelalter insbesondere unter dem Einfluß des hl. Thomas von Aquin. Politik wurde als eine Bedingung christlicher Lebensführung verstanden. Sie galt es daher nach christlichen Grundsätzen - und das hieß für Thomas immer auch - nach vernunftgemäß-allgemein einsichtigen Grundsätzen auszugestalten. An den mittelalterlichen Universitäten war sie daher ein - allerdings eher nachrangiger - Bestandteil des Lehrgefüges, sowohl in der praktischen Philosophie als auch im Anschluß an die Ethik ..., gelegentlich auch in Verbindung mit der Ökonomik...". (Maier 1985: 34)

In der Zeit der absolutistischen Staatenbildung des 17. und 18. Jahrhunderts gab es zwar einen gewissen Bedarf an Politikwissenschaft, denn der aufgeklärte Staat begann planend in den wirtschaftlichen und sozialen Prozeß einzugreifen. Straßen wurden gebaut, Landstriche bevölkert. Die derart zunehmend schwieriger und im Aufgabenbereich umfangreicher werdende Politik, die immer mehr in die Lebensverhältnisse der Untertanen eingriff, mußte hierfür Techniken und Instrumente, Regeln und Ziele entwickeln, und hier kam die Politikwissenschaft sehr zupafß. So wurden

eine Reihe von policy-wissenschaftlichen und kmeralistischen Lehrstühlen - so wurde die Politik- oder Staatswissenschaft damals genannt - gegründet, die u.a. auch der Rechtfertigung dieses staatlichen Handelns dienten. (vgl. Maier 1980)

Dem Kantisch-idealistischen Wissenschaftsverständnis fiel diese Art von Politikwissenschaft im 19. Jahrhundert aber zum Opfer, denn es galt zunehmend nur noch das als wissenschaftsfähig, was in ein mathematisches oder sonstwie deduktiv geordnetes, naturwissenschaftliches und möglichst quantitatives System eingeordnet werden konnte. Die alte Politikwissenschaft war aber eher eine Weisheitslehre, die Ratschläge, Faustregeln, Erfahrungen aus der Vergangenheit vermittelte. Das ist aber nur ungefähres Wissen (dadurch aber nicht weniger bedeutend), während die Naturwissenschaften absolut sicheres zu liefern vorgeben (was Politik, und Politik- wie überhaupt Sozialwissenschaften natürlich nicht können, da der Mensch immer auch anders entscheiden kann - je nach Situation unterschiedlich und nur begrenzt vorhersehbar, während ein Stein immer zu Boden fällt).

In reduzierter Form überwinterte die Politikwissenschaft in den juristischen und staatswissenschaftlichen Fakultäten, in denen es ja bis heute Lehrstühle für "öffentliches Recht und Politik" gibt. Geistesgeschichtlich dominant war im 19. Jahrhundert ein Machtstaatsdenken, das in machiavellistischer Tradition den Hauptzweck von Politik in der (militärischen) Stärke des Nationalstaates angesichts einer feindlichen internationalen Umwelt sah ("Primat der Außenpolitik"). In der Staatenwelt herrsche ein "Kampf aller gegen alle", in dem der Nationalstaat sich zu behaupten habe, wenn er nicht untergehen will. Die ständige Kampfbereitschaft führte zu einer allgemeinen inneren und äußeren Militarisierung der damaligen Gesellschaften. Dies kulminierte geistesgeschichtlich im Rechtspositivismus, der die staatlich gesetzten rechtlichen Normen von der als unwissenschaftlich betrachteten, ethischen Frage nach Recht und Gerechtigkeit trennte, obwohl nicht jedes Recht auch gerecht ist. Es wurde behauptet, die Rechtssprechung und die Rechtswissenschaft könnten und dürften nicht prüfen, ob die Gesetze, wie sie von der politischen Führung verabschiedet würden, auch allgemeinen Grundsätzen von Menschlichkeit und Gerechtigkeit entsprächen, das sei allein Sache der Politik. Der Rechtssprechung und der Rechtswissenschaft fehlten dazu die allgemein akzeptablen und

akzeptierten Kriterien. Sie hätten auszugehen nur von den gegebenen, "positiven" Gesetzen.

Aber noch im wilhelminischen Kaiserreich wurde vereinzelt die Begrenztheit dieses Ansatzes offenbar. Man erkannte, daß zur Ausbildung der administrativen, aber auch parteipolitischen Träger von Politik, wie z.B. der Diplomaten oder höheren Verwaltungsbeamten, eigene universitäre Einrichtungen und eine eigene Disziplin vonnöten seien - ähnlich wie die "Ecole libre des sciences politiques" in Frankreich oder wie die bis auf das Jahr 1880 zurückzufolgende politikwissenschaftliche Tradition in den USA. (vgl. Wilske 1990: 272) In einer komplexer und arbeitsteiligeren Weltpolitik bedurfte es hochqualifizierter Politiker und Diplomaten. Dazu kam die Forderung nach einer "patriotischen" Bildungsarbeit in Schule und Öffentlichkeit als Teil des Kampfes gegen die als "Staatsfeind" betrachtete Sozialdemokratie.

Dieses pädagogisch-erzieherische Moment wurde mit um so größerer Notwendigkeit aufgegriffen, als es seit 1919 galt, die Weimarer Republik eine Demokratie ohne Demokraten - in den Wertvorstellungen der Bevölkerung und der Politiker zu verankern. Weite Teile der Bevölkerung waren noch monarchistisch-antirepublikanisch eingestellt, dem entgegengewirkt werden sollte. Mit diesem Ziel gründete der Liberale Friedrich Naumann die Deutsche Hochschule für Politik in Berlin. Ursprünglich war das Studium an der Hochschule nur aufbauend und ergänzend zu bereits absolvierten akademischen Studien konzipiert, mit der Zeit entwickelte sich jedoch ein eigenständiger politikwissenschaftlicher Studiengang mit Diplomabschluß und eine eigenständige wissenschaftliche Forschung. Die Hochschule wurde 1933 von den Nationalsozialisten aufgelöst, nach dem Zweiten Weltkrieg aber wieder aufgebaut.

Die zwei hier u.a. dargestellten Strömungen politischen und politikwissenschaftlichen Denkens - die pädagogische und die aristotelisch-ontologische - sowie, nach 1945, als neue Elemente: die marxistisch beeinflusste Kritische Theorie so wie der amerikanisch inspirierte Positivismus sollten die Politikwissenschaft der Bundesrepublik Deutschland prägen. Die Auseinandersetzung zwischen diesen Positionen fand und findet z.T. in kritischer Diskussion und Distanz statt, z.T. in einem historischen Prozeß des dialektischen Aufeinanderfolgens, in dessen Verlauf die Diskussion einer Position von den Diskussionen anderer Positionen überlagert oder abgelöst wurde, ohne daß gesagt werden kann, eine der vier Richtungen habe die andere je gänzlich aus der Diskussion verdrängt. Es gab hier nur unterschiedliche Mischungsverhältnisse und zeitweilige Dominanzen bestimmter Positionen. Die deutsche Tradition des Machtstaatsdenkens fand nach 1945 keine Fortsetzung. (Auf diese wissenschaftlichen und wissenschaftstheoretischen Grundpositionen wird auch in den folgenden Kapiteln noch mehrmals eingegangen, insbesondere im Kapitel zu den Methoden der Politikwissenschaft und im Kapitel zur politikwissenschaftlichen Teildisziplin der Geistes- und Ideengeschichte.)

## **1.2. Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland**

### 1.2.1. Der normativ-pädagogische Anfang:

Seit Beginn der 50er Jahre begann die Reetablierung von politikwissenschaftlichen Lehrstühlen und Instituten an den Universitäten der Bundesrepublik - und zwar aus einer ähnlichen Situation heraus wie 1918/1919. Es galt, den zweiten deutschen Versuch zur Errichtung einer Demokratie wissenschaftlich, bildungspolitisch und erzieherisch zu begleiten und zu unterstützen. Dies sowie die Einführung sozialkundlicher Fächer an den Schulen (für die die universitäre Politikwissenschaft u.a. die Lehrer ausbildete) sind im Kontext der Umerziehungs-Bemühungen insbesondere der amerikanischen Besatzungsmacht (Demokratisierung, Entnazifizierung) zu sehen: Die Deutschen sollten nach der Nazi-Zeit zu Demokraten erzogen werden.

Deutscherseits wurde die Einführung der Politikwissenschaft von einer Reihe von deutschen

Emigranten aus den USA, die mit den Erfahrungen der alten amerikanischen Politikwissenschaft zurückgekehrt waren, sowie vor allem von sozialdemokratischen Bildungspolitikern gefordert und gefördert. (vgl. Blanke U.a. 1975: 54 f.) Dabei stieß man allerdings auf erhebliche Widerstände seitens traditioneller Wissenschaftsdisziplinen, die um ihre Pfründe fürchteten, z.T. daher die Existenz eines eigenständigen Gegenstandsbereichs "Politik" bestritten, dieses besser bei den Juristen und Historikern untergebracht glaubten oder die Politikerziehung besser an den Pädagogischen Hochschulen aufgehoben fanden.

Trotz der anfänglichen Widerstände expandierte das Fach - vor allem wegen des Bedarfs an Sozialkundefachlehrern - vergleichsweise schnell: 1954 regte die Westdeutsche Rektorenkonferenz die Einrichtung politikwissenschaftlicher Lehrstühle an.

Für das Jahr 1960 sind bereits 24 Professuren zu verzeichnen (1965: 51; 1975: 133; 1985: 278). Mitte der 60er Jahre waren fast 1500 Studierende in Politikwissenschaft immatrikuliert (gegenwärtig über 20000 HauptfachStudierende). (nach Mohr 1986: 65 ff.) Die Konferenzen von Waldleiningen (1949) und Königstein (1950) legten erste inhaltliche Grundlinien des neuen Faches fest 1959 wurde die oben erwähnte Hochschule für Politik als OttoSuhr-Institut in die Freie Universität Berlin integriert

Die Anfangsphase der Politikwissenschaft in den 50er und 60er Jahren war von wenigen Persönlichkeiten geprägt, die um sich Schulen bildeten, deren Schüler als Professoren die Disziplin der 60er und 70er Jahre wesentlich mitgestalteten. Genannt seien hier die Schulen um Bergsträsser in Freiburg, u.a. um Sternberger in Heidelberg, um Vögelin in München, um Hermens in Köln und um Abendroth in Marburg. (vgl. Schössler 1990: 40)

Sieht man von der marxistisch beeinflussten Schule um Abendroth ab, so gingen diese Schulen, die bis heute weiter wirken, von einem normativen und z.T. ontologischen Politikverständnis aus. (siehe hierzu weiteres S. 96) Sowohl in methodischer als auch in inhaltlicher Hinsicht war die Politikwissenschaft dieser Zeit grundlegend normativ ausgerichtet. Man verstand sich als "Königs-" und "Integrationswissenschaft", die die eigenen Forschungen sowie das Wissen anderer Wissenschaften wertbezogen auf die Frage hin zu bündeln, zu integrieren habe, wie Demokratie und Freiheit möglich sind

Die normative Zielsetzung zeigte und zeigt sich insbesondere in den ideen geschichtlichen Analysen zum Ursprung der Demokratie bei den Griechen sowie überhaupt in anthropologischen Abhandlungen zum Ursprung von Herrschaft und zur geistesgeschichtlichen "Ortsbestimmung der Gegenwart". Darüber hinaus ist der normative Anspruch - allerdings nicht so' offen und so bewußt - in empirischen (=beobachtungsbezogenen) sowie historischen Arbeiten über den Kommunismus und den Faschismus/Nationalsozialismus präsent, die beide gleichermaßen als totalitäre, menschenverachtende Perversionen von Herrschaft begriffen und geistesgeschichtlich in eine Linie von Rousseau über Hegel bis Marx eingeordnet wurden.

Der angelsächsische Demokratietyp parlamentarisch-liberaler Art, insbesondere der Großbritanniens, wie er für die Bundesrepublik prägend wurde, erschien demgegenüber als die ausgewogene Mitte zwischen den Extremen rechter und linker Provenienz. Die Bedingungen der Stabilität dieser Regierungs- und Gesellschaftsform wurde insbesondere von Fränkel untersucht so wie Bracher die Ursachen des Scheiterns der Republik von Weimar historisch analysierte. Man sah den Erfolg einer parlamentarischen Demokratie insbesondere durch ein funktionierendes pluralistisches System bedingt, in dem sich alle wesentlichen gesellschaftlichen Interessen und Kräfte zu Parteien und Verbänden formieren. Diese kontrollieren sich wechselseitig und bilden - so die Vorstellung - ein Gleichgewicht, sodaß kein Interesse das alleinige Sagen hat. Aus diesen Auseinandersetzungen könne dann die jeweilige Regierung - quasi als Querschnitt der Interessen das Gemeinwohl destillieren und realisieren. Das Gemeinwohl, d.h. die politischen Maßnahmen, die es zum Wohle aller oder zumindest der meisten zu verwirklichen gilt, wird also nicht von der Regierung autonom bestimmt, sondern ergibt sich als ein Kompromiß der Interessen, der von dieser Regierung gebildet wird. Man nennt das eine Gemeinwohlfindung "ex post".

In diesem Zusammenhang gewann die Parteien- und Verbändeforschung (z.B. Gräfrn von Bethusy-Huc, Eschenburg) eine besondere demokratietheoretische Bedeutung, denn diese Akteure wurden als eine Basis der Demokratie betrachtet.

Dazu kamen didaktisch einführende Werke in die institutionelle Gesamtstruktur der jungen Bundesrepublik sowie einzelner ihrer Institutionen (Ellwein, später Sontheimer), die in der Tradition der Politischen Bildung standen (Hättich). Den Bürgern mußte die Funktionsweise des politischen Systems nahegebracht werden, sollten sie ihre Rechte und Pflichten wahrnehmen können. Dazu wurden auch eine Reihe von Zeitschriften gegründet, u.a. z.B. die "Sozial wissenschaftlichen Informationen", die von G. Hufnagel herausgegeben werden. Ende der 50er Jahre und in den Sechzigern wurden die institutionellen Analysen zunehmend mit Einzeluntersuchungen zu konkreten Entscheidungsprozessen sowie zu den sozialen und ökonomischen Bedingungen von Politik unterfüttert. Wie kam es zum Gesetz gegen Wettbewerbs beschränkungen, wer war maßgebend, inwieweit konnte die Wirtschaft die Entscheidungen beeinflussen?

Damit wurden Ansätze aufgegriffen, wie sie schon seit längerem durch die empirisch-soziologisch und ökonomisch orientierten Politologie eines Franz Neumann, eines Otto Suhr und eines Otto Stammer vertreten waren.

Damit kommen wir aber auch bereits zur zweiten, hier idealtypisch herausgearbeiteten Etappe der Nachkriegsgeschichte der Politikwissenschaft.

### 1.2.2. Das Aufkommen der empirischen Sozialwissenschaften

Politikwissenschaft als Sozialwissenschaft verstanden, wie sie in den USA dominiert, steht in der Cartesianischen und Kantischen Tradition (siehe S. 139). Alle Wissenschaften werden als Teile einer Einheitswissenschaft begriffen, in der nach dem Vorbild der exakten Naturwissenschaften geforscht werden soll. Nur das, was direkt oder indirekt beobachtet, wahrgenommen werden kann, soll einer wissenschaftlichen Behandlung zugänglich sein. Normen und Werte gelten daher als nicht wissenschaftsfähig und als wissenschaftlich nicht beweisbar, da sie nicht beobachtbar sind: "Du sollst ..." ist eine Forderung, die man nicht sehen, sondern höchstens in der Zukunft befolgen kann. (Die Normen, wie sie in einer Gesellschaft mehrheitlich vertreten werden, sind natürlich durch Befragung u. dgl. feststellbar, sie stellen allerdings keine konkrete Forderung an das Individuum dar, sie werden nur festgestellt.)

Wissenschaftsfähig sei nur das,

1. was ein Korrelat, einen Bezug zur empirisch, beobachtungsgemäß; feststellbaren Realität hat
2. was - wie in den Naturwissenschaften - mit einer gewissen Regelmäßigkeit vorkommt, sodaß es in Gesetzen oder zumindest Gesetzmäßigkeiten und wahrscheinlichen Trends (Generalisierungen) formuliert werden kann: "Immer, wenn die wirtschaftlichen Erwartungen von Mittelschichten enttäuscht werden, kommt es mit hoher Wahrscheinlichkeit zu politischen Umbrüchen". Diese Gesetzmäßigkeit entspricht dem naturwissenschaftlichen Gesetz: "Immer, wenn ich den Stein loslasse, fällt er aufgrund der Erdanziehungskraft zu Boden."

Dieses Wissenschaftsverständnis läuft der aristotelisch ausgerichtete Politikwissenschaft diametral zuwider: diese hält Gesetzmäßigkeiten in Geschichte und Politik nur für begrenzt möglich, da Politik und Geschichte kontingent seien, d.h. nicht Gesetzen unterworfen werden könnten. Es ist einmal so - und ein andermal anders. Menschliches handeln sei frei und damit nicht berechenbar. Zudem werden Normen auch im Rahmen von Wissenschaft als begründbar betrachtet - auf der Basis der - wie ausgeführt - teleologisch-ontologischen Struktur des Seins.

Das Programm der empirischen Sozialwissenschaften ist das Wissenschaftsprogramm des Positivismus oder des Kritischen Rationalismus, wie es mit großem Einfluß in der Politik und Politikwissenschaft der Bundesrepublik von Popper und Albert begründet wurde. Die Betonung dessen, was "Sache ist", hatte

und hat aber auch einen durchaus kritischen Impetus, indem z.B. normative Behauptungen auf ihren Realitätsgehalt überprüft und ggf. als Ideologie und Schein entlarvt werden. Erweist sich die aristotelische These von der Mittelstandsgesellschaft als statistisch wirklich richtig? - mit all den normativen und politischen Folgen einer solchen Feststellung: Ganze mittelstandsorientierte politische und wirtschaftliche Programme können durch positivistisch gewonnene Ergebnisse in Frage gestellt werden.

Das Streben nach Generalisierung ist allerdings im positivistischen "Lager" unterschiedlich ausgeprägt. Am geringsten ist es z.B. bei den zahlreichen vergleichend angelegten Regionalstudien (area studies) und Analysen von Regierungssystemen zu verzeichnen. Hier erhofft man sich erst längerfristig über die Analyse der Unterschiede und Gleichförmigkeiten der untersuchten Gegenstandsbereiche vorsichtig generalisierende Aussagen über die Bedingungen des Entstehens, Bestandes und Untergehens bestimmter politischer Systeme (z.B. Kevenhörster). (siehe auch Kapitel "Organisation der Universität und des Studiums" und Kapitel "Methoden der Politikwissenschaft").

Am stärksten positivistisch orientiert ist die quantitativ-statistisch verfahrenende Politikwissenschaft, die eng an die Soziologie angelehnt ist (Deutsch, Frei, Eberwein, Wittkämper, Weede, Pappi, Kaltefleiter, Scheuch, Herz u.a.). Sie versucht, politische Ereignisse und Prozesse nach Möglichkeit in Zahlen zu fassen. Indikatoren (siehe hierzu) können z.B. sein: Zahl der Regierungswechsel pro Jahr, Höhe der deutschen Entwicklungshilfe an ein Entwicklungsland; Maß der politischen Unterstützung für eine Regierung seitens der eigenen Bevölkerung (u.a. meßbar durch systematische Befragung dieser Bevölkerung), usw. Solcherart Datenreihen, die meist nur noch mit einem Computer zu bewältigen sind, können dann in einem weiteren Schritt durch spezifische mathematische Verfahren (Korrelationsanalysen) so mit einander in Beziehung gesetzt werden, daß präzise Aussagen über die Stärke des Zusammenhanges zwischen den Indikatoren möglich werden, beispielsweise dahingehend, daß zwischen der Vergabe verstärkter Entwicklungshilfe an ein Land und dessen politischer Stabilität ein Zusammenhang besteht. Das genannte mathematische Verfahren kann hier nur einen Zusammenhang, kein Ursache- Wirkungsverhältnis aufzeigen, das muß eigens betont werden.

Ein solches Ergebnis ist daher nur dann sinnvoll kausal (ursächlich) interpretierbar, wenn es in einen größeren theoretischen Zusammenhang eingeordnet werden kann, z.B. über das außenpolitische Verhalten von Staaten, das - so sei hier als Hypothese vermutet - darauf zielt, möglichst stabile und vorhersehbare und friedliche Bedingungen in der internationalen Umwelt zu schaffen, da nur so längerfristig internationaler Handel betrieben werden könne. Denn Kaufleute vertreiben nur dann international ihre Produkte, wenn sie einigermaßen sicher sein können, daß dieser Vertrieb nicht durch internationale Konflikte oder Kriege zerstört wird. Der erwähnte empirische Zusammenhang ist eine mögliche Bestätigung dieser theoretischen Vermutung: Entwicklungshilfe gibt man nur dorthin, wo Stabilität herrscht und Sicherheit für die Entwicklungsprojekte besteht.

Politisch am einflußreichsten war und ist diese statistisch orientierte Politik- und Sozialwissenschaft in der Wahlforschung (Wildenmann, Klingemann, Kaase, u.a.), in der eben sehr gut z.B. die Einkommenslage einer Person mit deren Wahlverhalten in Bezug gesetzt werden kann: Bei politischen Wahlen ist nahezu alles quantifizierbar.

Zahlreichen Sozialwissenschaftlern dienen Systemtheorien verschiedenster Provenienz (parsons, Easton, Etzioni usw.) - wie sie Ende der 60er Jahren von Narr und Naschold in der Bundesrepublik heimisch gemacht wurden - als der theoretische Bezugsrahmen, in den sie ihre empirisch-statistischen Ergebnisse einzuordnen und damit kausal zu erklären versuchen (siehe auch S. 106). Diese Theorien konzeptualisieren, begreifen nationalstaatlich organisierte Gesellschaften - und der Nationalstaat ist die dominante Vergemeinschaftungsform unserer Zeit - heuristisch (versuchsweise) als eine hypothetische (angenommene) Gesamtheit, die in verschiedene untereinander zusammenhängende Subffeihsysteme, Teileinheiten untergliedert ist: in Wirtschaft, Kultur, Erziehung und Politik.

Diese Subsysteme erfüllen spezifische Funktionen untereinander und für den Erhalt des Gesamtsystems. Die Kultur Z.B. vermittelt, tradiert grundlegende Wertvorstellungen einer Gesellschaft von einer Generation zur nächsten. Das politische Subsystem im besonderen hat die gesamtgesellschaftliche Aufgabe der autoritativen Wertallokation, d.h. der verbindlichen Zuweisung, bzw. Nicht-Zuweisung materieller und immaterieller Werte (steuerliche Vorteile, Subventionen, Zugang zu Bildungsabschlüssen usw.) zu bestimmten sozialen Gruppen, Regionen und Institutionen. Das politische Subsystem muß - um seine Funktionen adäquat erfüllen zu können und die Stabilität des Gesamtsystems zu sichern - die Bedürfnisse und Interessenartikulationen ("inputs") der anderen Subsysteme aufnehmen, verarbeiten und zu Entscheidungen ("outputs") verdichten, die die Bedürfnisse zumindest z.T. befriedigen. (Inputs und outputs sind prinzipiell quantifizierbar. Man kann zählen, wie viele Entscheidungen=Gesetze in einem Jahr gefällt werden, und man kann auch zählen, wie viele Eingaben u. dgl. von Verbänden an die Politik gerichtet werden.) Wenn die Politik diese Aufgabe zufriedenstellend erfüllt, so erhält sie - so die Konzeption - quasi als "Gegenleistung" die Zustimmung und Unterstützung seitens der anderen Subsysteme, seitens der Bevölkerung, seitens der Wirtschaft. Ohne solche Unterstützung sind demokratische Systeme und Regierungen heutzutage nicht mehr überlebensfähig.

### 1.2.3. Marxismus und Kritische Theorie in den Siebziger

Ende der 60er und in den 70er Jahren wurde die Systemtheorie und der Positivismus insgesamt insbesondere von marxistischen Wissenschaftlern sowie von der marxistisch inspirierten Studentenrevolte angegriffen. Denn der Systemtheorie und der positivistischen Methode liege - so die Argumentation - immanent, unabwendbar ein Streben zugrunde, die jeweilige Gesellschaftsform zu stabilisieren, weil sich die Theorien am bestehend Gegebenen orientierten: Man gehe vom existierenden System aus oder überhaupt vom Gegebenen=Positivem. Und das war aus marxistischer Sicht die kapitalistische Gesellschaftsform der Bundesrepublik, die es gerade in ihren Folgen einer Ausbeutung und Verelendung des nationalen und internationalen Proletariats (in der Dritten Welt) mit geschichtsphilosophischer Blickrichtung auf die sozialistische Gesellschaft hin zu überwinden galt. Auch die hoch industrialisierten Wohlstandsgesellschaften des kapitalistischen Nordens waren aus dieser Sicht Gesellschaftsformationen, die die eigene Arbeiterschaft, aber auch und vor allem die Armen der Dritten und Vierten Welt ausbeuten, d.h. des ihnen ökonomisch Zustehenden berauben würden.

Allerdings bestand eine Haßliebe zwischen Systemtheorie und Marxismus, denn andererseits waren beide durchaus miteinander kommunikationsfähig, da ihnen gleichermaßen ein - wenn auch wissenschaftstheoretisch jeweils anders begründetes - Konzept von Gesamtgesellschaft als Ganzheit eigen ist. Nur auf dieser Basis war die Luhmann-Habermas-Kontroverse überhaupt möglich. Beide verstehen Gesellschaft als einen Gesamtzusammenhang und beschränken sich nicht nur analytisch auf die Untersuchung von Teilaspekten dieser Gesellschaft, wie es die "Positivisten" bevorzugten, mit dem Argument, nur die Teile, nicht das irgendwie nebulöse Ganze seien beobachtbar.

Marxistische Forschung und Lehre gewann in den Politik- und Sozialwissenschaften allerdings nicht die beinahe allgegenwärtig erscheinende Repräsentanz, wie es von manch' interessierter Seite in der Öffentlichkeit dargestellt wurde und wird. An einigen Universitäten war und ist sie sicherlich verstärkt vertreten (und zwar gerade nicht an denen, wo sie dem allgemeinen Vorurteil nach dominant sein müßten); insgesamt stellt sie jedoch eine Minderheitenposition dar, die als Bestandteil eines pluralistischliberal organisierten Wissenschaftssystems, das sich zum Grundsatz das Prinzip der Toleranz auferlegt hat, und als befruchtendes Element der wissenschaftlichen Diskussion überhaupt zu respektieren und freudig zu begrüßen ist. Nichts ist schlimmer für Wissenschaft als das ständige Einerlei eines allgegenwärtigen Konsenses.

Glücklicherweise war die innermarxistische Diskussion selbst sehr kontrovers und nur in

Randbereichen vom orthodoxen Marxismus der DDR ("Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus" Stamokap- Theorie) bestimmt. Aber auch diese Theorie ging - Marx-kritisch und quasi revisionistisch, d.h. marxische Aussagen ändernd - von einer relativen und zeitweiligen Stabilisierung des kapitalistischen Gesellschaftssystems aus, die durch eine enge Kooperation von Staat und wirtschaftlichen Monopolen bewirkt werde. Das widersprach den Krisen- und Zusammenbruchsprognosen von Urvater Marx!

Bedeutender als diese DDR-Theorie war (und ist) eine Kritische Theorie (Adorno/Horkheimer) in allen ihren Variationen. Sie geht - darin eigentümlicherweise in Übereinstimmung mit der Stamokap-Theorie - von der so von Marx nicht prophezeiten relativen Stabilität des kapitalistischen Systems aus (es kam nicht zur proletarischen Revolution) und erklärt dies u.a. durch das verstärkte Eingreifen des Staates in den Wirtschaftsprozess (Stichwort: Staatsinterventionismus), wodurch z.B. Konjunkturkrisen in ihrer Schärfe (Massen arbeitslosigkeit) abgemildert werden und ein relativ stetiges wirtschaftliches Wachstum sowie ausreichende Einkommenssteigerungen auch für die Arbeiterschaft gesichert werden können. Diese Selbststabilisierungsfähigkeit des Kapitalismus, wie sie auch in dem Stichwort: "Keynesianismus" zum Ausdruck kommt -war für Adorno und Horkheimer Anlaß, pessimistisch quasi das Ende des Geschichtsprozesses in einer durchaus saturierten, durch die "Bewußtseinsindustrie" (Medien) manipulierten und alles in allem verwalteten und unfreiheitlichen Welt vorauszu"schauen" ("Kapitalismus" und vormaligen "Kommunismus" gleichermaßen umfassend). Es gebe keine Zukunft mehr, keinen Fortschritt hin zu mehr Freiheit, da alles gleichermaßen in dem Einerlei einer irgendwie kapitalistisch stabilisierten Gesellschaft ende, die in den Köpfen der Bevölkerung als ewige, nicht änderbare Institution durch die Medien von Radio und insbesondere von Fernsehen verankert werde. Auch das ehemals revolutionäre Proletariat sei in die Gesellschaft integriert und saturiert, ökonomisch befriedigt.

Jüngere Vertreter des Marxismus und dessen modernerer Version, der Kritischen Theorie, halten demgegenüber eine Reform oder Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsformation mit all ihren Ungerechtigkeiten für möglich. Noch die Studentenrevolte 1967/68 hatte - auf der Basis der Schriften von H. Marcuse - dieses Annahme zur Grundlage und hielt u.a. akademische Gruppen, "Outsiders" im allgemeinen, für das revolutionäre Subjekt, das die Revolution vollbringen könne. Habermas geht hier realistischer vor. Er differenziert - im Gegensatz zu Marx, aber in Anlehnung an gewisse systemtheoretische Ansätze - zwischen der Produktionssphäre einer Gesellschaft, die gänzlich der kapitalistischen Rationalität, dem Gewinnprinzip, unterworfen werden könne, auf der einen Seite, und der Sozialsphäre auf der anderen Seite, wo dies nur begrenzt gelingen könne, da das menschliche Bewußtsein und Handeln wegen seiner Gebundenheit an nicht hintergehbaren, unaufhebbare (apriorische) Normen nur begrenzt "kolonisierbar" sei, nur begrenzt der kapitalistischen Ziel-Mittel-Rationalität, dem Profitprinzip unterworfen werden könne: Wir wollen halt nicht nur wirtschaftlich genug haben, sondern auch persönliche Ziele, geheime Wünsche, Sinn verwirklicht sehen. Die Reibungen zwischen diesen unterschiedlichen Sphären könne - so Habermas - zu Konflikten führen, die zumindest einen emanzipatorischen, gesellschaftsüberwindenden, freiheitsorientierten Kontrapunkt zur kapitalistischen Profit-Logik zu setzen und vielleicht sogar diese Gesellschaft zu überwinden vermögen.

Offe sieht Konflikte vor allem in der Reproduktionssphäre einer Gesellschaft (Erziehung, Infrastruktureinrichtungen, Freizeit, usw.) aufbrechen, da dem Kapitalismus die Stabilisierung der Produktionssphäre (Eindämmung von Arbeitslosigkeit) mit ihren erheblichen staatlichen Aufwendungen (Staatsverschuldung) nur auf Kosten der Reproduktionssphäre gelungen sei. Vereinfacht gesagt: man hat so viel Geld ins kriselnde Ruhrgebiet gepumpt, um die von Arbeitslosigkeit direkt bedrohten und aufbegehrenden Kumpel zu beruhigen; zu Lasten u.a. der Universitäten, wo nur noch gespart wird. Hier, im Reproduktionsbereich, brächen nun die Krisen als Teilkrisen - wegen der unbefriedigten Wünsche der Bürger - um so stärker aus (Bürgerinitiativen, Umweltschutz-Bewegung, Aktionen gegen Lehrermangel usw.). Die als Folge dieser Entwicklungen vorhergesagte "Legitimations(



=Glaubwürdigkeits- )krise des Kapitalismus" ist jedoch bisher ausgeblieben, denn Politik und Politiker der Bundesrepublik Deutschland werden zwar nach einer Reihe von Skandalen skeptischer betrachtet, aber es kann in keiner Weise davon die Rede sein, daß die Bürger nicht mehr an die Funktionsfähigkeit des politischen Systems insgesamt glauben würden.

Stets befruchtend hat die marxistisch orientierte Schule um Altvater und Krippendorff in Berlin den Marxismus durch intensive historische und wirtschaftswissenschaftliche Forschungen fundiert und damit gleichermaßen das zunächst einmal in der heutigen Zeit abstrakte Marxsche Ideen-System für die aktuelle Analyse angewandt (siehe auch Agnoli, Kühn!, Deppe, Hirsch). Neuerdings hat Krippendorff ein Werk zu den internationalen Beziehungen vorgelegt, in dem er die These aufstellt, daß Krieg erst dann überwunden sein wird, wenn die Menschheit die gegenwärtige staatliche Organisationsform ihrer Gesellschaften hinter sich gelassen haben wird

Insgesamt ist jedoch die marxistische Kontroverse und ihr Sturmangriff auf das Wissenschafts system in den 80er Jahren eigentümlich abgeebbt und in kleinere Zirkel abgedrängt worden. Überhaupt kann man gegenwärtig von einer Entideologisierung der Politikwissenschaft sprechen. Die großen Ideologien und Konzepte, die alles erklären wollten, sind passe - und man wendet sich wieder begrenzteren Fragestellungen und Forschungsprojekten zu, die nun auch besser empirisch, d.h. beobachtungsmäßig abgesichert und erlaßt werden können.

#### 1.2.4. Gegenwärtige Entwicklungen

Diese Entwicklung hat natürlich eine gewisse Fragmentierung, Binnendifferenzierung und Zerklüftung von Forschung und Lehre zur Kehrseite, es fehlt nun der alles umgreifende Zugriff - ähnlich, wie wir das auch in der Physik oder Geographie beobachten können: Jeder Forscher hat nun wieder seinen kleinen Acker, z.B. das Verbands wesen in der Bundesrepublik, den er intensiv bearbeitet. Die Beziehungen z.B. zur "Internationalen Politik" sind gering, zumal eine beide Bereiche umfassende Theorie, wie sie noch der Marxismus darstellte, nun fehlt.

Das sollte allerdings nicht beklagt, sondern auch als Normalisierungsphase einer Wissenschaft betrachtet werden, die die jugendlichen Sturm und Drang-Jahre hinter sich gelassen hat. Eine etablierte Wissenschaft will nicht mehr die Welt in allen ihren Aspekten erfassen, sondern begnügt sich mit weniger. Pointiert: Lieber einen kleinen Bereich exakt erforscht als das All nur nebulös erschaut

Einem fortgeschrittenen Stadium der wissenschaftsgeschichtlichen Entwicklung einer Disziplin entspricht es auch, daß man sich nicht ständig der Faches vergewissern will (wie es noch auf Identität seines eigenen manchen politikwissenschaftlichen Tagungen gang und gäbe ist). Man ist sich andauernd darüber ungewiß, was man sei und welche Funktionen man wahrzunehmen habe. Die Politikwissenschaft hat sich aber mittlerweile mit mindestens drei Professuren an fast allen deutschen Universitäten etabliert, sie ist fester Bestandteil der Sozialkunde-Lehrpläne an unseren Schulen, und sie verfolgt eine spezifische Fragestellung, die nur ihr als Wissenschaft eigen ist, nämlich die Frage nach den Bedingungen und Folgen (staatlicher) Herrschaft. Grüblerische Selbstzweifel sind daher unangebracht.

Selbstzweifel entspringen vielmehr einem substantialistischen Wissenschaftsverständnis mancher Politikwissenschaftler, als hätten die wissenschaftlichen Disziplinen einen ihnen je eigenen, genau abgrenzbaren Gegenstandsbereich, den es zu wahren und zu verteidigen gelte, z.B. den Bundestag in Bonn als dem "Hort" von Politik. Alle Sozial- und Geisteswissenschaften haben einen gemeinsamen Gegenstandsbereich, nämlich die menschliche Gesellschaft, die sie - jeweils bezogen auf einen fachwissenschaftlich spezifischen Aspekt - analysieren. Die Politikwissenschaft - und das scheint mir unumstritten - untersucht den Aspekt von staatlicher Herrschaft, Macht und Steuerung (oder wie immer man es bezeichnen will) sowie deren politischen, ökonomischen, kulturellen usw. Beeinflussung - je nach der weltanschaulichen Einstellung des Forschers mit unterschiedlichen Methoden und

theoretischen oder normativen Annahmen, die allerdings so zu formulieren sind, daß sie im Forschungsprozeß bestätigt oder widerlegt werden können. Der Bundestag in Bonn wird halt nicht nur von Politikwissenschaftlern untersucht (die untersuchen nur den Aspekt der Herrschaft), sondern u.a. auch von Soziologen und Psychologen, die z.B. untersuchen, wie stressresistent Bundestagsabgeordnete sind.

Auf diese Vielfalt werden wir im Kapitel "Methoden" noch zurückkommen.

Konkrete Fragestellungen und die Beschränkung auf theoretische' Aussagen "mittlerer Reichweite" (z.B. Theorien zum Verbandswesen, nicht zur gesamten Gesellschaft) bestimmen die gegenwärtige Arbeit der drei wissenschaftlichen Teildisziplinen der Politikwissenschaft: der (vergleichenden) Regierungslehre; der Politischen Philosophie und Ideengeschichte; und der Internationalen Politik. Der konkretere Bezug der innerdisziplinären Diskussion läßt zudem so manchen Kontroverse der Vergangenheit obsolet erscheinen; unterschiedliche Positionen bewegen sich aufeinander zu, ohne daß sie in ihrer Eigenart gänzlich verschwinden müßten (dazu in den hierfür vorgesehenen Kapiteln mehr).

Dieser Normalisierung der politikwissenschaftlichen Forschungslandschaft entspricht es, daß die liberal-konservativ intendierte Abspaltung einer Reihe politikwissenschaftlicher Professoren von der 1951 gegründeten Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (D.V.P.W.) und die daraufhin erfolgende Gegengründung der eher konservativer Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft (DGfP) im Jahre 1983 manches von ihrer ursprünglichen Berechtigung verloren haben: Das Rechts-Links-Schema, bezogen auf die beiden Vereinigungen und die politikwissenschaftliche Kontroverse, erfaßt bei weitem nicht mehr die Realität. Die beiden politikwissenschaftlichen Fach-Verbände beginnen sich wieder anzunähern (was die politische Durchsetzungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit der Politikwissenschaft insgesamt gegenüber Kultusbürokratien verbessern wird); Doppelmitgliedschaften in beiden Verbänden waren ohnehin immer möglich gewesen. Eine bewahrenswerte Funktion wird die DGfP aber auf jeden Fall weiterhin ausüben, nämlich ein inner- und interdisziplinär breit angelegtes Forum für die politikwissenschaftliche Kontroverse zu sein, was in der Deutschen Vereinigung wegen deren Größe (mehr als 1000 Mitglieder) und wegen ihrer starken Aufgliederung in fach spezifische Sektionen und Arbeitsgruppen nicht ohne weiteres möglich ist. In der D.V.P.W. ist die Diskussion meist begrenzt auf eine politikwissenschaftliche Teildisziplin, während die DGfP gerade die Diskussion zwischen den Teildisziplinen und mit sonstigen Disziplinen fördert.

### **1.3. Politik und Politikwissenschaft**

So wie die "great debates" in der Politikwissenschaft abebbten, so gehören auch die heißen Diskussionen über das Verhältnis von Politik und Wissenschaft der Vergangenheit an. Darf sich die Politikwissenschaft überhaupt mit der Politik einlassen? Wird sie nicht schon durch Beratung über Gebühr vereinnahmt und für fremde, wohl möglich nicht zu rechtfertigende Interessen mißbraucht? Kann es andererseits die Politikwissenschaft verantworten, angesichts drängender Weltprobleme (Hunger, Unterernährung, Arbeitslosigkeit in der Dritten Welt) abseits im stillen Kämmerlein allein für sich zu stehen?

Hinsichtlich dieser Fragen hat sich eine natürliche und gelassene Normalität eingespielt. Die Kontroversen sind vorbei, das Entweder-Oder (Politikdistanz oder Politikengagement) ist überwunden: alle "Lager" - links oder rechts - sehen eine (wenn auch jeweils anders begründete) Aufgabe der Politikwissenschaft darin, Politik und Gesellschaft zu beraten, und wo möglich zu verbessern - sei es nun eine Verbesserung und Optimierung der Organisationsstruktur des Bundestages, sei es die Entwicklung einer Strategie für die Dritte und Vierte Welt, oder seien es Empfehlungen für Verbesserungen in der föderalen Kooperation zwischen Kommunen, Ländern und Bund in der Bundesrepublik Deutschland. Eine solche Politikberatung braucht nicht die Unabhängigkeit der Wissenschaft zu beeinträchtigen. Ob

das der Fall ist, hängt im wesentlichen von der moralischen Integrität des Forschers ab, der eben manipulierbar und korrupt ist - oder nicht.

Politikstudenten werden u.a. auf das Ziel hin, Politikberatung leisten zu können, ausgebildet. Die rd. 22000 politikwissenschaftlichen Studierenden in der Bundesrepublik können ja nicht alle Wissenschaftler werden. Sie müssen in den verschiedensten Berufsfeldern "unterkommen": internationale Organisationen, Verbände, Assistenten von Bundestagsabgeordneten, Parteien, Medien, usw. - und zwar als innovative, problemlösende Elemente, die dazu aufgrund ihrer spezifisch politikwissenschaftlichen Ausbildung in der Lage sind.

In diesen Bereichen können Politikwissenschaftler mit einer derartigen Beratungs- und Analysekompetenz sicher manches Problem besser lösen, als das bisher unter dem Juristen-Monopol möglich war. (vgl. Bermbach 1987: 127 ff.)

In Politik und Wirtschaft besteht ein großer Bedarf sowohl an empirischen Ergebnissen sozialwissenschaftlicher Forschung als auch an konzeptionell-normativen Empfehlungen der Politikwissenschaft - und zwar an unabhängigen Ergebnissen und Empfehlungen, denn partei- oder verbandspolitisch gefärbtes Wissen schadet sowohl dem Berater als auch den Beratenen, indem dieser nämlich blind wird für neue Entwicklungen, von denen auch seine Existenz abhängen kann: wer, wie die alte DDR-Elite, nicht mehr auf das hören will, was die Wissenschaft über den Unmut in der Bevölkerung analysiert hat, muß auf kurz oder lang mit dem Verlust der Macht zahlen. Wer als Partei in westlichen Demokratie nicht Wandlungen in den Einstellungen der Bevölkerung wahrnimmt, dem geschi\_t das gleiche. Es ist daher selbstverständlich und auch in der Politik weitgehend anerkannt, daß die Wissenschaft ein ausdifferenziertes, eigenständiges gesellschaftliches Teilsystem mit eigener Dynamik und (ggf. kritischer) Funktion ist und daher nicht linear und oberflächlich mit der Politik (und deren Eigendynamik und Funktion) vermittelt, gleichgeschaltet werden kann. Wissenschaft muß immer ein wenig Elfenbeinturm bleiben, sie darf sich nicht von Politik oder Wirtschaft abhängig machen. Politik und Wissenschaft funktionieren nach unterschiedlichen Gesetzmäßigkeiten.

Das war vielleicht der größte Fehler der- Politikberatung zu Beginn der 70er Jahre, als nicht nur Politikwissenschaftler der Bundesrepublik Planungssysteme in Bonn, Washington, Paris, usw. installieren wollten, mit denen Politik rationalisiert und objektivierbaren Kriterien und Indikatoren unterworfen werden sollte. Politik sollte wie Wissenschaft verfahren und behandelt werden. Politik sollte verwissenschaftlicht werden, indem man seitens der Wissenschaft die politisch vorgegebenen Ziele so präzise zu fassen können glaubte, daß sie unmittelbar in konkrete Gesetze, Planungen und Handlungen umgesetzt werden können. Ein solches politikwissenschaftliches Modell ist aber letztlich unpolitisch. Denn Politik funktioniert nicht wie Wissenschaft. Wissenschaft kann deduzieren: aus einem obersten Ziel werden Unterziele und Maßnahmen abgeleitet. Es gibt hierfür genau vorgeschriebene Phasen und Regeln (siehe das Kapitel "Organisation der Universität und des Studiums"), die auch meist eingehalten werden, will man eine wissenschaftsadäquate Aussage gewinnen.

Nicht so die Politik, weil das Ob erziel z.B. aus einer Regierungserklärung hier auch in späteren Phasen vielfältigen Einflüssen seitens der Verbände und Parteien ausgesetzt ist und daher geändert werden kann. Oft kann man ja erst gar keine präzisen Ziele aufstellen, sondern höchstens Kompromisse, die die gemeinsame Schnittmenge oder der kleinste gemeinsame Nenner aus einer Vielzahl partikularer Einzelziele sind. Das sollte nicht beklagt werden, so ist halt Politik. Eine Politik, die starr ein Ziel verfolgt, ist eher dogmatisch und unflexibel.

Wie uns die Implementations- (Mayntz, Wittkämper, Windhoff-Heritier) und die Evaluationsforschung (Wollmann) gezeigt haben, mußte der Versuch einer Rationalisierung von Politik scheitern, weil nur das Wissenschaftssystem weitgehend nach rationalen Kriterien verfährt ("Suche nach Wahrheit"). Politik kann zwar aus legitimatorischen Gründen ("damit die Leute dran glauben") nicht gänzlich von der Wahrheit abgekoppelt werden, sie besteht jedoch zu einem großen Teil aus nur

begrenzt rationalisierbarem und verwissenschaftlichbarem Interessen- und Machtkampf zwischen den gesellschaftlichen Kräften und Interessen, deren oft zufallsgebundene Kompromisse nur begrenzt mit den Grundsätzen wissenschaftlicher Wahrheit nachvollziehbar sind.

Politik wie die Wissenschaft organisieren zu wollen, hat vielmehr umgekehrt eher negative Konsequenzen, da eine "wissenschaftliche Politik" das Grundcharakteristikum moderner Gesellschaften, nämlich aus einem Konglomerat diverser Interessen zu bestehen, negieren würde. "Wissenschaftliche Politik" geht von der Fiktion aus, als könnte sich eine Gesellschaft auf ein Ziel einigen und dieses dann stringent durchsetzen. Eine solche Einigung und Durchsetzung setzt aber quasi einen diktatorischen Staatsapparat voraus, der allein die Macht dazu hätte und widerstreitende Interessen unterdrücken könnte.

Die Differenz zwischen Politik und Politikwissenschaft darf also nicht vorschnell nivelliert werden.

#### Literatur:

- J. Bellers/ W. Woyke (Hrsg.) 1989: Analyse Internationaler Beziehungen, Opladen  
U. Bennbach 1987: Zur Frage der "Professionalisierung" und Fachidentität. Eine Diskussionsbemerkung, in: Hartwich, H.-H. (Hrsg.), Politikwissenschaft, Opladen, S. 127 - 130  
B. Blanke/U. Jürgens/H. Kastendieck 1975: Kritik der Politischen Wissenschaft 1, Frankfurt a.M.  
H. Maier 1980: Die ältere deutsche Staats- und Verwaltungslehre, München (2. Auflage)  
H. Maier 1985: Politische Wissenschaft in Deutschland, München/Zürich R. Meyers 1981: Die Lehre von den internationalen Beziehungen, Düsseldorf  
A. Mohr 1986: Die Durchsetzung der Politikwissenschaft an deutschen Hochschulen und die Entwicklung der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, in: von Beyme, K. (Hrsg.), Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, PVS-Sonderheft 17/1986, Opladen, S. 62 – 77  
D. Schössler 1990: Politische Wissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, in: J. Bellers (Hrsg.), Politikwissenschaft in Europa, Münster, S. 27 – 51  
D. Wilske 1990: Politische Wissenschaft in den Vereinigten Staaten von Amerika, in: J. Bellers (Hrsg.), Politikwissenschaft in Europa, Münster, S. 260 - 284